



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 11.09.2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 14. September 2026

Fokusthema: **Bau**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach der Wahl zweier neuer Mitglieder am Baurekursgericht über die Möglichkeiten zur Kühlung von Schulhäusern im Sommer, über Solaranlagen in geschützten Ortsbildern und über den Raumplanungsbericht des Regierungsrates diskutieren. Anschliessend sind bis zum Ende der Sitzung Vorstösse traktandiert, welche die Baudirektion betreffen.

Postulat zu Massnahmen gegen Hitze an Schulen soll abgeschrieben werden

Während sich der diesjährige Rekordsommer langsam, aber sicher dem Ende zuneigt, wird sich der Kantonsrat am Montag nochmals mit heissen Temperaturen an Schulen beschäftigen. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Rat einstimmig, das Postulat von GLP, SP, AL und EVP betreffend Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität an Schulen im Sommer als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 239/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat in Anbetracht häufiger und intensiver werdender Hitzewellen aufgefordert, einen Analyse- und Massnahmenplan für die natürliche Begrünung sowie Kühlungs- und Lüftungsmassnahmen an kantonalen Schulen zu erstellen. Die KPB würdigt die gründliche Auseinandersetzung des Regierungsrates mit der Problematik. Dieser liess 2024/2025 eine systematische Analyse an 19 Schulen über zwei Sommerperioden durchführen. Die Analyse bildet für die KPB eine gute Grundlage für weitere Schritte. Für einen Teil der Kommission steht allerdings der Aufwand, der für die Untersuchung betrieben wurde, in keinem Verhältnis zu den gewonnenen konkreten Erkenntnissen bzw. den Massnahmenplänen.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Auf Vorlage zu Solaranlagen soll nicht eingetreten werden

FDP, SVP, Mitte und EVP haben vor sechs Jahren moniert, dass im Kanton Zürich erst im Baubewilligungsverfahren Klarheit geschaffen werden kann, ob eine Solaranlage realisierbar ist, und deshalb einen Vorstoss eingereicht, mit dem dies geändert werden sollte. Der Rat überwies in der Folge die Motion betreffend «Solaranlagen in geschützten Ortsbildern» an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts und Antrags. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat jedoch nun mit 14 zu 1 Stimmen, auf die Vorlage des Regierungsrates zur Erfüllung der Motion nicht einzutreten und die Motion als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 429/2020](#)). Ein Antrag, auf die Vorlage einzutreten, wurde nicht gestellt. Damit folgt die Kommission dem Antrag des Regierungsrates. Dieser hatte argumentiert, dass es für Gemeinden sehr aufwendig wäre, eine entsprechende Regelung umzusetzen, und die angestrebte Rechtssicherheit damit doch nicht erreicht würde, weil bundesrechtliche Vorgaben das Planungs- und Baugesetz übersteuern. Die Kommission würde zwar eine Vereinfachung der Bewilligungspraxis für Solaranlagen begrüssen, kommt jedoch nach ausgiebiger Analyse der Ausgangslage zum Schluss, dass dieses Ziel mit der Motion nicht erreicht werden kann.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Raumplanungsbericht 2025 soll zur Kenntnis genommen werden

Unumstritten ist die Kenntnisnahme des Raumplanungsberichts 2025 des Regierungsrates. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) hat den Bericht bereits zur Kenntnis genommen und

beantragt dem Kantonsrat, dies ebenfalls zu tun ([6053](#)). Die Regierung erstattet dem Kantonsrat alle vier Jahre Bericht über den aktuellen Stand in der Raumplanung. Der zwölfte Raumplanungsbericht informiert über die raumwirksamen Entwicklungen sowie über die strategischen Schwerpunkte der Raumplanung. Er legt einen besonderen Fokus auf die Herausforderungen, die sich aus dem anhaltenden Bevölkerungswachstum ergeben. Die Zielsetzung des kantonalen Richtplans, 80 Prozent des Wachstums in den urbanen Handlungsräumen aufzunehmen, konnte in den vergangenen Jahren nur teilweise erreicht werden. Zunehmend macht sich auch eine gewisse Wachstums- und Dichteskepsis bemerkbar.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Vorstösse zu Beschwerdeverfahren, Windenergie und brütenden Wasservögeln

Bis zum Ende der Sitzung wird sich der Kantonsrat am Montag mit Vorstössen befassen, welche die Baudirektion betreffen. Thomas Anwander, Kantonsrat der Mitte, fordert mit der Motion betreffend «Anpassung des Beschwerdeverfahrens in Bausachen», dass die aufschiebende Wirkung bei einer Beschwerde nicht mehr automatisch eintritt, sondern von einer Partei beantragt und vom Verwaltungsgericht explizit erteilt werden muss ([KR-Nr. 195/2024](#)). Der Regierungsrat beantragt, den Vorstoss abzulehnen. Anschliessend sind zwei Interpellationen traktandiert. GLP-Kantonsrätin Stefanie Huber wollte vom Regierungsrat mit dem Vorstoss betreffend «Gemeinden und Bevölkerung an der Windenergie beteiligen» wissen, welche rechtlichen Vorgaben verhindern, dass Gemeinden an Windenergieanlagen obligatorisch beteiligt werden können ([KR-Nr. 247/2024](#)). Und Wilma Willi, Kantonsrätin der Grünen, hat dem Regierungsrat mit der Interpellation betreffend «Brütende Wasservögel weniger stören» verschiedene Fragen zum Vogelschutz gestellt ([KR-Nr. 323/2024](#)). Mit der Diskussion über die Antworten der Regierung sind die beiden Geschäfte erledigt.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur), 079 430 43 66

Daniel Rensch (GLP, Zürich), 079 342 35 19 (für Stefanie Huber)

Wilma Willi (Grüne, Stadel), 078 875 70 22

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht die geheime Wahl zweier neuer Mitglieder des Baurekursgerichts für den Rest der Amtsdauer 2023–2029 an ([KR-Nr. 20/2026](#) und [KR-Nr. 93/2026](#)). Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12